

Bürger wollen den Bauern die Giftspr

Der Bundesrat lehnt die Trinkwasserinitiative ab. Die bisherigen Massnahmen zum Schutz der Umwelt reichten aus, behauptet er. Die Tests und Recherchen von saldo in den vergangenen Jahren zeigen: Das stimmt nicht.

Die Trinkwasserinitiative verlangt, dass künftig nur jene Bauern Direktzahlungen erhalten, die auf Pestizide, vorbeugende Antibiotika und Futtermittelzukaufe verzichten. Lanciert hat die Initiative die Fitnesstrainerin Franziska Herren aus Wiedlisbach BE. Sie will, «dass Steuergelder nicht mehr die Umwelt zerstören».

Der Bundesrat empfahl Mitte Dezember, die Initiative ohne Gegenorschlag abzulehnen. Die getroffenen

Milliarden für die Bauern

Aktuell gibt es rund 50 000 Bauernhöfe. Davon erhalten rund 90 Prozent Subventionen. Gesamthaft zahlt der Bund den Bauern 2,8 Milliarden Franken

QUELLE: AGRARBERICHT 2018

Massnahmen reichten und würden gar noch verstärkt. Rückstände im Trinkwasser und in Lebensmitteln seien schon heute in der Regel unbedenklich. Bei einer Annahme gingen die Erträge und die tierische Produktion zurück. Bauern würden auf Direktzahlungen verzichten und umweltschädlicher als bisher produzieren.

Von zehn Schweizer Weinen war kein einziger pestizidfrei

Tests und Recherchen von saldo zeigen, dass die Behörden die von der Landwirtschaft verursachten Umweltprobleme nicht im Griff haben:

■ Bauern verschmutzen die Gewässer mit Pestiziden. Das zeigt unter anderem eine im Jahr 2017 veröffentlichte Studie des Forschungsinstituts Eawag. Die Forscher sammelten in Bächen der Kantone BL, BE, TI, TG und VS rund 1800 Wasserproben. In

80 Prozent der Proben fanden sich grössere Pestizidmengen als gesetzlich erlaubt. Im Durchschnitt enthielt jede Probe 20 bis 40 verschiedene synthetische Substanzen (saldo 8/2017). Im Grundwasser wurden auch Spuren von Unkrautbekämpfungsmitteln wie Atrazin oder S-Metolachlor gefunden (saldo 8/2015).

■ Tests von saldo, K-Tipp und Gesundheitstipp zeigten: Vier von elf Schweizer Gemüsen enthielten Rückstände von Pestiziden (saldo 12/2018) - ebenso 16 von 23 Schweizer Äpfeln («Gesundheitstipp» 11/2017). Von zehn Schweizer Weinen war kein einziger pestizidfrei. Der «Merlot Ticino Selezione d'Ottobre 2013» enthielt am meisten Gift und sechs verschiedene Pestizide («K-Tipp» 1/2015).

■ Bauern verwenden mit dem Segen der Behörden toxische Pestizide wie Chlorpyrifos und gefährden Tier und Mensch (saldo 16/2018). Viele geben



Volksinitiative	«Keine Massentierhaltung in der Schweiz»	«Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»
Initianten	Bürger um den Verein Sentience Politics aus Basel	Westschweizer Bürger um den Verein Future 3
Stand	Bisher 40 000 Unterschriften. Sammelfrist endet am 12. 12. 2019.	Zustande gekommen am 25. 6. 2018 mit 121 307 Unterschriften. Voraussichtliche Abstimmung: 2020.
Hauptforderungen	Verbot der Massentierhaltung. Der Bund legt Kriterien für eine «tierfreundliche» Haltung fest, die mindestens den Anforderungen der Bio-Suisse-Richtlinien 2018 entsprechen. Auch importierte Tiere und tierische Lebensmittel müssen dem «Rechnung tragen».	Verbot «synthetischer Pestizide in der landwirtschaftlichen Produktion und Verarbeitung» und des Imports von Lebensmitteln, die synthetische Pestizide enthalten oder mit ihrer Hilfe hergestellt wurden.

itzeroi verbieten

**Nach-
gefasst**

dem Vieh unnötig viele Antibiotika und belegen bei Euterinjektionen einen Spitzenplatz in Europa. Antibiotika fördern aber die Bildung resistenter Keime, die Medikamente wirkungslos machen (saldo 19/2017). Die intensive Landwirtschaft mit grossflächigem Einsatz von Dünger und Pestiziden, schweren Maschinen und zu grossen Viehbeständen bedroht fast jede zweite heimische Tier- und Pflanzenart (saldo 18/2017).

Unterm Strich: Die Schweiz leistet sich das teuerste Agrarsystem Europas (saldo 9/2016). Die Agrarpolitik hat aber in den letzten zehn Jahren laut einem Bericht des Bundesamts für Umwelt kein einziges gesetzliches Umweltziel erreicht (saldo 18/2017).

«Ohne Initiativen würde sich nichts bewegen»

Viele Bürger wollen das nicht mehr tatenlos hinnehmen. Neben der

Trinkwasserinitiative gibt es noch zwei weitere Volksbegehren, die eine Tier- und umweltfreundlichere Agrarpolitik fordern: Die Pestizidinitiative will synthetische Pestizide in der Schweizer Landwirtschaft und in Importen verbieten. Die Massentierhaltunginitiative will die Richtlinien von Bio-Suisse zur Richtschnur für alle tierischen Produkte machen (siehe Tabelle). Bauern dürften zum Beispiel in einem Stall nur noch maximal 2000 Legehennen unterbringen - bisher sind es 18 000. Im vergangenen Jahr gab es bereits drei agrarpolitische Volksabstimmungen - zu Kuhhörnern, fairem Handel und zur Ernährungssicherheit.

Für Andreas Bosshard von der Bauernvereinigung Vision Landwirtschaft ist klar: «Ohne die Initiativen würde sich in der Agrarpolitik überhaupt nichts bewegen.»

Eric Breitingner

Gentech-Tierfutter landete bei Schweizer Bauern

Heikle Inhaltsstoffe können über Futtermittel in die Nahrungsmittelkette gelangen (saldo 8/2016). saldo-Recherchen zeigen: Am 9. November 2018 kamen sechs Tonnen Tierfutter in die Schweiz, die Vitamine mit illegalen, gentechnisch veränderten Organismen enthielten. Dabei handelt es sich gemäss der Forschungsanstalt Agroscope um gentechnisch veränderte Bakterien in Vitamin B₂. Agroscope sagt, man habe die Käufer informiert und die Ware vom Markt genommen. Fünf Bauern hätten aber bereits gewisse Mengen verfüttert.

Laut Agroscope besteht für Konsumenten «keinerlei Gefahr». Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit stellte im Frühjahr 2018 jedoch fest, dass gentechnisch veränderte Organismen in Vitamin B₂ Antibiotikaresistenzen verbreiten. Laut der deutschen Umweltorganisation Foodwatch gelangten 2018 aus China acht Tonnen illegales Vitamin B₂ mit gentechnisch veränderten Bakterien unter anderem nach Deutschland, Frankreich und in die Schweiz. *eb*

Teure Zeitschriften: Nun entscheidet der Ständerat

Deutsche Zeitschriften kosten in der Schweiz deutlich mehr als in Deutschland (saldo 17/2015). Für das Nachrichtenmagazin «Der Spiegel» zum Beispiel zahlt man in Deutschland 5,10 Euro (umgerechnet Fr. 5.75). In der Schweiz kostet die Zeitschrift Fr. 7.50. Das Magazin «Geo» kostet in Deutschland 8 Euro (9 Franken), in der Schweiz 13 Franken. Eine Motion verlangt nun, dass sich der Bundesrat zusammen mit dem Preisüberwacher dafür einsetzt, die Preise ausländischer Zeitschriften «nachhaltig zu senken». Der Nationalrat stimmte der Vorlage im vergangenen März zu. Nicht so die zuständige Wirtschaftskommission des Ständerates. Regulierte Preise seien problematisch. Nun muss der Ständerat entscheiden. *mmm*



«Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung»

Fitnesstrainerin Franziska Herren aus Wiedlisbach BE
Zustande gekommen am 28. 2. 2018 mit 113 979 Unterschriften. Voraussichtliche Abstimmung: 2020.
Direktzahlungen nur für Bauern, die auf Pestizide, prophylaktische Antibiotika und zugekaufte Futtermittel verzichten. Die Bauern sollen die Biodiversität erhalten und die Belastung von Luft, Boden und Wasser reduzieren.

KEYSTONE